

Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

„Keine Reformen mehr, die den Menschen Angst machen,“

...diese Aussage von Andrea Ypsilanti wurde von den ArbeitnehmerInnen in Hessen unterstützt, schreibt die Hessische ArbeitnehmerInnen-Initiative in ihrem Offenen Brief an Andrea Ypsilanti, wie „die Forderungen der SPD und von Dir als Spitzenkandidatin der SPD, die für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von entscheidender Bedeutung sind und dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung entsprechen. Diese sind:

- die Respektierung der freien Lohnverhandlungen (...), Wiederherstellung und Respektierung des einheitlichen Flächentarifvertrags durch Rückkehr des Landes Hessen in die Tarifgemeinschaft der Länder;
- Schluss zu machen mit den Privatisierungen der Univer-

sitäten, Krankenhäuser (...); – keine Kürzungen mehr bei den Schulen und Sozialeinrichtungen;

– ausreichendes Personal, damit Bildungseinrichtungen und Öffentlicher Dienst ihre Aufgaben erfüllen können.“

Die Wählermehrheit, die Schluss machen wollte mit Koch und seiner Politik der sozialen Demontage, hat die Bedingungen für die Bildung einer Regierung unter Führung der SPD, von Andrea Ypsilanti, geschaffen und ihr den demokratischen Auftrag für ein Regierungshandeln zur Umsetzung dieser Positionen gegeben.

Mit einem Offenen Brief haben sich jetzt ArbeitnehmerInnen an Andrea Ypsilanti gewandt.

Liebe Andrea Ypsilanti,

(...) Die Mehrheit (der Wähler und Wählerinnen) will wieder wirkliche sozialdemokratische Politik in Hessen. Dafür haben wir unsere Stimmen vor allem der SPD gegeben. Andere, die nach den Erfahrungen mit der SPD-Politik der Agenda 2010 der SPD noch nicht vertrauen, haben ihre Stimmen der »Linken« gegeben, um Druck auf die SPD auszuüben. Wieder andere haben für diese Politik ihre Stimme den Grünen gegeben, obwohl diese durch die schwarz-grüne Koalition in Frankfurt viele Stimmen verloren haben. Wieder andere sind noch gar nicht zur Wahl gegangen, sie müssen durch eine Politik der Erfüllung des Wählerauftrags erst noch gewonnen werden.

Deine „Glaubwürdigkeit“ und die der SPD und ihres Programms verlangen, dass dieser demokratische Auftrag erfüllt wird, indem in Hessen eine Regierung unter Führung der SPD gebildet wird, um Koch endlich abzulösen, und die sich auf die Umsetzung des Wählerauftrags in Regierungspolitik verpflichtet.

Wir können es nur unterstützen, dass diese Politik nicht mit der Partei, der CDU, umgesetzt werden kann, die verantwortlich ist für einen brutalst möglichen sozialen Kahlschlag (...)

Wie aber soll der Wählerauftrag mit einer Partei wie der FDP umgesetzt werden, die für Studiengebühren ist, (...) die noch mehr öffentliches Eigentum als die

Offener Brief von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern an SPD-Spitzenkandidatin Andrea Ypsilanti (Auszüge)

CDU, wie Flughafen und Messe, privatisieren will?

(...) Würde es nicht dem demokratischen Auftrag aus der Wahl entsprechen, wenn Du, Andrea Ypsilanti, eine SPD-geführte Regierung in Hessen bildest, die den angekündigten Kurswechsel in Regierungshandeln umsetzt?

Natürlich würde eine Regierungsbildung in Hessen mit der »Linken« nicht dem Wählerauftrag entsprechen, wenn das bedeuten würde, „Berliner Verhältnisse“ in Hessen einzuführen.

Der Auftrag für die SPD-geführte Regierung ist die Rückkehr des Landes in die Tarifgemeinschaft der Länder und nicht eine Politik des Tarifbruchs, wie es die PDS mit dem Berliner Senat mit dem Austritt des Landes aus der TdL 2003 entschieden hat, wo bis heute den Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes den einheitlichen Tarifvertrag verweigert wird.

Der Auftrag für die SPD-geführte Regierung ist es, die Privatisierungspolitik in Hessen wirklich zu beenden, und nicht eine Politik der Privatisierung von kommunalen Wohnungen und Kitas zu betreiben, wie es die „Linke“ in Berlin mitträgt. (...)

Der Auftrag für die SPD-geführte

Regierung ist es, dass entgegen den Vorgaben des EU-Stabilitätspaktes mehr Lehrer und Personal im Öffentlichen Dienst eingestellt werden, und nicht wie in Berlin eine Politik, die im Namen der Haushaltssanierung schmerzliche Einschnitte in die soziale Infrastruktur praktiziert. So wurden seit Beginn der Regierungszeit des SPD-/Linke-Senats über 31.000 Stellen im gesamten Landesdienst abgebaut, weitere 20.000 Stellen sollen noch liquidiert werden, während gleichzeitig mit Zustimmung der »Linken« vom Berliner Senat Milliarden aus dem öffentlichen Haushalt an Banken und Spekulanten vergeben wurden.

Wir wollen in Hessen keine Fortsetzung der Politik der Agenda 2010 wie in Berlin, Dresden oder andren Orts, wo die »Linke« mitregiert.

Für eine solche Politik wurde Koch abgestraft, und gegen diese Politik haben wir die SPD und Dich, Andrea Ypsilanti, unterstützt, damit die sozialdemokratische Politik, für die Du angetreten bist, sich in einer Regierungsbildung wieder findet (...)

Eine solche SPD-geführte Regierung in Hessen, die den Wählerauftrag durch ihr Regierungshandeln umsetzt, die die Wiederherstellung des Sozialstaats zu ihrer Verpflichtung macht, weist auch der SPD im Bund und den Ländern die politische Perspektive für die Wiedereroberung von sozialdemokratischen Mehrheiten.